

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 8 86 846 pöbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns, Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, fordert substantielle Vorschläge der NATO zur konventionellen Abrüstung: Die NATO ist am Zuge.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB kommentiert die Entwicklung im Wohnungsbau: Wohnungsbau weiterhin im Tief.

Seite 3

Wolf-Michael Catenhusen MdB stellt kritische Fragen zu Riesenhubers Politik: Weltraumpolitik ohne Konzept.

Seite 4

Dr. Dieter Spöri MdB - Anmerkungen zu Stoltenbergs Steuerpolitik: Irreführende Trickserie.

Seite 6

42. Jahrgang / 29

11. Februar 1987

Die NATO ist am Zuge

Das Bündnis muß mit substantiellen Vorschlägen auf die östlichen Offerten zur konventionellen Abrüstung eingehen

Von Dr. Wilhelm Bruns
Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wie wichtig ist der NATO die konventionelle Abrüstung?

Diese Frage klingt rhetorisch. Hat sich die NATO nicht immer wieder mit großer Sorge über die konventionelle Rüstung des Warschauer Paktes geäußert und ihr großes Interesse an der konventionellen Abrüstung kundgetan? Sorge und Interesse lassen sich dokumentieren. Doch darum geht es hier nicht. Denn haben sich Sorge und Interesse auch in substantiellen Vorschlägen niedergeschlagen?

Bemüht man hier die Dokumente, so sieht das Bild völlig anders aus. Einzuräumen ist, daß etwa bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) die NATO versucht hat, Vorschläge vorzulegen, allerdings in recht bescheidenem Umfang. So umfaßt beispielsweise der letzte NATO-Reduzierungsvorschlag etwa ein Prozent des Umfangs der Streitkräfte in Mitteleuropa. Einzuräumen ist auch, wie schwierig es ist, sich innerhalb von 14 plus zwei NATO-Mitgliedern auf ein Konzept zu verständigen.

Hinzu kommt: Die Wiener Reduzierungsverhandlungen waren von Anfang an mit zwei Geburtsfehlern behaftet: Der mögliche Reduzierungsraum war viel zu eng (im wesentlichen die beiden deutschen Staaten, Polen, CSSR und die Benelux-Staaten). Frankreich fehlte.

Heute haben wir insofern eine andere (bessere) Lage, als sich die Staaten in Ost und West auf das Ziel verständigt haben, konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural herbeizuführen. Das heißt, der Reduzierungsraum ist erheblich größer und Frankreich hat sein Interesse erklärt, mitzuwirken. Verlangt werden jetzt konkrete und verhandlungsfähige Vorschläge über den Rahmen wie über den Gegenstand, also die Substanz von Abrüstungsmaßnahmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by the Verlagsgesellschaft
Köln-Deutz



Der Warschauer Pakt hat im Juni letzten Jahres in Budapest Vorschläge zum Rahmen wie über die Substanz gemacht. Die NATO hat sich soeben lediglich darauf verständigt, den Staaten des Warschauer Vertrages ein Angebot über Vorgespräche für die Aufnahme neuer Verhandlungen über konventionelle Abrüstung zu unterbreiten. So kompliziert diese Formulierung ist, so kompliziert ist der Beratungsstand. Die NATO tut sich offenbar schwer, dem Warschauer Pakt einen Vorschlag in der Sache, also über Truppenreduzierung, zu machen.

Statt dessen hat sie sich nach langwierigen Verhandlungen innerhalb des Bündnisses dazu durchgerungen, mit dem Warschauer Pakt ein Vorgespräch zu führen. Die NATO tut sich auch deshalb schwer, weil es schon über den Rahmen solcher Verhandlungen unterschiedliche Vorstellungen gibt. So favorisieren die USA die Block-zu-Block-Verhandlungen, während Frankreich genau dies ablehnt. Die Bundesrepublik steht hier zwischen Frankreich und den USA und neigt in Teilen innerhalb der Bundesregierung zum französischen Herangehen.

Die NATO zeigt insgesamt ein widersprüchliches und inkonsequentes Verhalten. Als Gorbatschow am 15. Januar 1986 seine wegweisenden Vorschläge zur nuklearen Abrüstung machte, lautete einer der Haupteinwände der NATO, daß die konventionellen Waffen völlig ausgeklammert würden. Als Gorbatschow auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 der NATO anbot, über konventionelle Abrüstung zu sprechen, war dieses Angebot der NATO zu vage. Als dann der Warschauer Pakt im Juni 1986 das Angebot Gorbatschows präziserte und der NATO Vorschläge über den Verhandlungsrahmen wie in der Substanz machte, setzte die NATO als Antwort eine Arbeitsgruppe ein, die in monatelangen schwierigen Verhandlungen im Dezember 1986 einen Beschluß in der Prozedur herbeiführte (Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle), der dem Warschauer Pakt zwei gesonderte Verhandlungen vorschlug.

Einmal Verhandlungen, die auf den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa aufbauen und diese erweitern sollten, also eine KVAE II und Verhandlungen, „zur Beseitigung bestehender Ungleichgewichte vom Atlantik bis zum Ural und zur Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau zwischen den Ländern, deren Streitkräfte den unmittelbarsten Einfluß auf das grundlegende Sicherheitsverhältnis in Europa haben, nämlich den Staaten des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes“. Nun hat es wiederum zwei Monate gedauert, bis die NATO endlich die vielen Signale des Warschauer Paktes aufgegriffen hat. Sie hat zwar kein Angebot in der Sache gemacht, aber ist immerhin bereit zu Vorgesprächen für die Aufnahme neuer Verhandlungen über konventionelle Abrüstung.

Es geht um konventionelle Stabilität in Europa, nicht zu verwechseln mit der konventionellen Parität. Unter Stabilität im sicherheitspolitischen Bereich läßt sich allgemein gefaßt verstehen, daß risikoarme Angriffe für jede Seite möglichst ausgeschlossen sind. Für den konventionellen Bereich bedeutet dies die beiderseitige Unmöglichkeit von Überraschungsangriffen und raumgreifenden Offensiven. Bezogen auf die Ost-West-Dimension ist aber auch wichtig, die konventionellen Waffen nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den nuklearen Systemen zu betrachten.

Es ist zu erwarten, daß der Warschauer Pakt bereit ist, auf das Signal der NATO einzugehen, auch deshalb, weil er besser vorbereitet ist. Immerhin: Wer so viel - wie die NATO - über konventionelle Stabilität in Europa spricht, muß in der Lage sein, dazu einen substantiellen Vorschlag zu machen. Die NATO ist also am Zuge! Dabei geht es auch um ihre Glaubwürdigkeit! (-/11.2.1987/vo-he/st)

* * *



Wohnungsbau weiterhin im Tief

Schneider schlägt seinen eigenen Minusrekord

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung hat durch die Leistung aller Wohnungsbauunternehmen, der Bauwirtschaft, der privaten Eigenheimbauer und durch öffentliche Förderung bedingt ein quantitativ wie qualitativ hohes Niveau der Wohnungsversorgung erreicht. Neubau bleibt dennoch erforderlich - weil regional, vor allem in vielen Großstädten, immer noch Engpässe bestehen und vor allem preisgünstige Wohnungen für Einkommensschwache und Normalverdiener fehlen. Hinzu kommt, daß Wohnungen wegen Alter und schlechter Bausubstanz trotz Sanierung abgerissen werden müssen und Ersatz zu schaffen ist.

Selbst die Bundesregierung schätzt diesen Bedarf vorsichtig auf 300.000 neue Wohnungen pro Jahr.

Im Jahr 1985 hat die Zahl der Baugenehmigungen jedoch den historischen Tiefstand von 250.000 Wohnungen erreicht. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen ist diese Zahl im vergangenen Jahr nochmals um circa 13 Prozent unterschritten worden.

Bauminister Schneider schlägt seinen eigenen Minusrekord. Auch wenn der weitere Rückgang in den letzten Monaten langsamer geworden ist, bedeutet dies noch keine Wende zum Besseren. Auch ein langsamerer Rückgang ist ein Rückgang, erst recht, wenn das Ausgangsniveau ohnehin extrem niedrig ist. Die Bundesregierung hat durch ihren Rückgang aus der Mietwohnungsbauförderung und durch eine falsche steuerliche Konzeption diesen Rückgang mit zu verantworten. Schlimmer noch: Sie verschließt sich der Einsicht in die Malaise. Mit einem Gegensteuern ist erst gar nicht zu rechnen.

(-/11.2.1987/vo-he/st)

* * *



Weltraumpolitik ohne Konzept

Minister Riesenhuber steht in der Weltraumpolitik vor einem Scherbenhaufen

Von Wolf-Michael Catenhusen

Anhaltend konnte sich Forschungsminister Riesenhuber in den letzten Monaten im Glanz seiner deutschen Astronauten, Raumfahrt als Public Relations-Veranstaltung. Dieses Geschäft versteht Forschungsminister Riesenhuber meisterhaft.

Aber gleichzeitig hat sich dieser Forschungsminister auf die deutsche Beteiligung an Weltraum-Projekten eingelassen, deren finanzielle Auswirkungen vorher nicht umfassend bedacht waren, denen ein nüchternes Kosten-Nutzen-Konzept fehlt, die vor allem nicht in längerfristige Perspektiven deutscher Raumfahrtinteressen eingebunden waren. So übt denn auch die Deutsche Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft in einem Gutachten vernichtende Kritik an der politischen Leitung des Forschungsministeriums: „Vermißt wird insbesondere ein langfristig ausgerichtetes Raumfahrtkonzept.“ Frei nach dem Motto „dabei sein ist alles“ hat sich Minister Riesenhuber in den letzten Jahren teils aus eigenem Antrieb, teils auf Drängen anderer Bundesressorts bereit erklärt, etwa an der amerikanischen Weltraumstation Columbus teilzunehmen.

In dem Gutachten wird auch daran Kritik geübt, die Entscheidung für das Columbus-Projekt sei nämlich „deutlich durch politischen Druck seitens der USA zustandgekommen“. Auch die Entscheidung, am französischen Projekt Hermes teilzunehmen, war das Resultat von Konzeptionslosigkeit auf deutscher Seite.

Die SPD hat von Anfang an kritisiert, daß die raumfahrt-politischen Weichenstellungen dilettantisch getroffen worden sind:

- Die SPD hat von Anfang an darauf bestanden, daß eine ausschließlich friedliche Nutzung der Weltraumstation Columbus sichergestellt sein müsse. NASA-Direktor Fletcher hat nun mitgeteilt, daß mit dem US-Verteidigungsministerium eine Vereinbarung erreicht worden sei, daß auf der Raumstation zwar keine Waffen stationiert werden dürfen, militärische Forschung aber erlaubt sein soll. SDI-Forschung also künftig mit deutschen Steuergeldern im Weltraum? Ungeniert fordert auch das Gutachten der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft des BMFT auf, die Optionen deutscher und europäischer militärischer Aktivitäten im Weltraum im Rahmen einer nationalen Weltraumstrategie zu eröffnen. Wie sonst ist der Hinweis im Gutachten zu verstehen: „Der europäische Rahmen bietet neben wirtschaftlichen und technologischen Vorteilen auch die Gewähr, daß, wenn erforderlich, auch die sicherheitspolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.“



- Die Entscheidung für eine Beteiligung am französischen Raumtransporter Hermes fiel wiederum so spät, daß für die deutsche Industrie technologisch besonders interessante Komponente nicht mehr vergebbar waren.

Die Bundesregierung hat sich also in den letzten Jahren zu schweren Projekten eingelassen, ohne langfristige strategische und konzeptionelle Vorstellungen hinsichtlich ihrer Zielsetzungen in der Raumfahrt zu haben. Weltraumfahrt wird auch heute zu hundert Prozent aus Steuergeldern finanziert. Deshalb ist in dieser Situation folgendes unbedingt erforderlich:

- Langfristig orientierte Kosten-Nutzen-Analysen für den schnellen Wert bemannter Weltraumaktivitäten für ein Land, das strikt auf militärische Anwendungsmöglichkeiten in der Raumfahrt verzichten will.
- Realistische Einschätzung der Kommerzialisierungsmöglichkeiten in der Raumfahrt.
- Definition sinnvoller Aufgabenstellungen für Weltraumprojekte im Bereich der Grundlagenforschung, zum Beispiel der Erkundung von Planeten, der Erdbeobachtung, der Kommunikation oder anderer Bereiche.
- Setzung einer finanziellen Obergrenze für die mittelfristigen Aktivitäten der Bundesrepublik in der Raumfahrt.

Neue Technologien müssen für die Schaffung einer ökologisch verträglichen Industriegesellschaft, für ein umweltfreundliches System der Energieversorgung und für die Humanisierung der Arbeit sehr dringend entwickelt werden. Der Einstieg der Bundesrepublik in den letzten Jahren in Aktivitäten im Weltraum droht, wie früher die Kernenergieausgaben, in nicht verantwortbarer Weise den Handlungsspielraum des Staates bei der Förderung der neuen Technologien einzuschränken. Weltraumpolitik der Bundesrepublik Deutschland muß daher in ein langfristiges Konzept eingebunden werden, das auch finanziell vertretbar bleibt.

(-/11.2.1987/vo-ha/st)

* * *



Irreführende Trickserei

Stoltenberg will Fortsetzung seiner einseitigen Steuerpolitik

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Heute werden die Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Stoltenbergs steuerpolitische Marschroute widerspricht dabei den bisherigen Ankündigungen seiner eigenen Partei:

Daß der Grundfreibetrag um 730 DM im Jahr für Ledige und 1.460 DM für Verheiratete erhöht werden soll, hat jetzt der Bundesfinanzminister dementiert. Wenn es aber um die Senkung des Spitzensteuersatzes für 140.000 Spitzenverdiener geht, marschiert Stoltenberg bei den Befürwortern in der vordersten Reihe.

Die von Stoltenberg dementierte Erhöhung des Grundfreibetrages um 730 DM/1.460 DM würde jedem Steuerzahler 13 DM Steuerentlastung im Monat bringen, Verheirateten 26 DM. Die von Stoltenberg betriebene Senkung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent würde einem Einkommensmillionär rund 74.000 DM Steuersenkung bescheren.

Die Erhöhung des Grundfreibetrags würde für den Staat rund fünf Milliarden DM Mindereinnahmen zur Folge haben, die Senkung des Spitzensteuersatzes im Rahmen der geplanten Tarifreform dagegen rund zehn Milliarden DM. Wenn es um Steuergeschenke für Spitzenverdiener geht, hat dieser Bundesfinanzminister genügend Geld. Wenn aber die Steuern auch für die kleinen Steuerzahler nur ein wenig gesenkt werden sollen, ist kein Geld da.

Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen dürfen froh sein, wenn sie wegen der geplanten Verbrauchssteuererhöhungen und des Abbaus von Arbeitnehmervergünstigungen nach der Steuerreform insgesamt nicht mehr Steuern zahlen müssen als vorher.

„Im Durchschnitt wird jeder rund 1.000 DM weniger Steuern zahlen müssen“, hat Stoltenberg vor der Wahl versprochen. Nach der Wahl müßte der Bundesfinanzminister eingestehen, daß sein Versprechen blanke Wählertäuschung war: Nicht „jeder“ soll 1.000 DM bekommen, nicht einmal die große Masse der Steuerzahler.

„Im Durchschnitt 1.000 DM“ ist ebenso unsinnig wie die Rechnung, daß der Durchschnitt zwischen „eiskalt“ und „glühend heiß“ eine angenehme Temperatur ergibt. Mit einem solchen bewußt irreführenden Rechentrick hat sich Stoltenberg vollends steuerpolitisch unglaublich gemacht und sich selbst als „Durchschnittsminister“ abgestempelt. (-/11.2.1987/vo-he/st)

* * *